

Ein Platz am Gymnasium im Losverfahren

Protest der Landesschülervertretung

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt/Ilmenau. Der Frust von Eltern und Schülern ist verständlich. Da haben 49 Regelschüler aus dem Raum Ilmenau sich in den vergangenen Jahren so erfolgreich ins Zeug gelegt, dass sie die Abschlussprüfung der zehnten Klasse geschafft haben. Und jetzt legt ihnen das Staatliche Schulamt beim Wunsch, die allgemeine Hochschulreife zu erwerben, große Brocken in den Weg. Das Gymnasium „Am Lindenberg“ in Ilmenau will nur 28 von ihnen aufnehmen – und darüber soll das Los entscheiden. Die Landesschülervertretung hat jetzt den Fall publik gemacht, spricht von einer „furchtbaren und erschreckenden“ Nachricht und mobilisiert die Öffentlichkeit. Die Begründung der Schule, so heißt es in dem Brief der Landesschülervertretung, der unter anderem auch an Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) gegangen ist: Mehr als 28 Schüler würden

ein angenehmes Lernklima behindern.

Es gibt noch zwei weitere Gymnasien im Raum Ilmenau. Zum einen das Goethe-Gymnasium und ein berufliches Gymnasium. Das Goethe-Gymnasium verweigert aber die Aufnahme der Schüler wegen eines selbst gesetzten Numerus Clausus. Am beruflichen Gymnasium wollen die Schüler ihr Abitur nicht erwerben, wie eine Nachfrage ergab. Sie wollen an ein allgemeinbildendes Gymnasium. Für die Landesschülervertretung ist klar: Hier wurde die Schulwahlfreiheit der Eltern und Schüler, die in Thüringen per Gesetz garantiert ist, mit Füßen getreten. „Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Demokratie und Partizipation müssen in einem solchen Fall gewahrt bleiben“, heißt es in dem Schreiben der Vertretung. „Eine Auswahl mit Hilfe eines Losverfahrens, bei dem das reine Glück im Vordergrund steht, verurteilen wir als Landesschülervertretung.“ Auch wenn die Eltern dabei anwesend sein dürfen...



Das Weimarer Dreieck hat eine Zukunft. Darüber waren sich einig (v.l.n.r.): Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf, der Vorsitzende des Vereins Weimarer Dreieck, Dieter Hackmann, die Europaabgeordnete der Linkspartei, Gabi Zimmer, das Vorstandsmitglied der deutsch-polnischen Gesellschaft und TLZ-Vize Hartmut Kaczmarek, der Leiter des französischen Kulturbüros in Thüringen, Bertrand Leveaux, und der Europaabgeordnete der Linkspartei, Helmut Scholz. Foto: Maik Schuck

Geduld und Zähigkeit zahlen sich immer aus

Das Weimarer Dreieck hat eine Zukunft – Die Bürger stärker mit einbeziehen

Weimar. Helmut Scholz, der Europaabgeordnete der Linkspartei aus Brandenburg, hat Tröstliches zu verkünden: Zähigkeit zahlt sich aus. Er macht das am Beispiel einer geplanten Straßenbahnverbindung zwischen Frankfurt/Oder und der Nachbarstadt Slubice in Polen deutlich. Auf deutscher Seite gab es zunächst erheblichen Widerstand gegen das Projekt. Argumente wie „Dann kommen die doch alle rüber“ waren zu hören. Aber die Stadtväter ließen sich nicht beirren, wenn auch das Straßenbahnvorhaben wegen finanzieller Probleme auf Eis gelegt werden musste. Aber eine gemeinsame Buslinie gibt es jetzt über die Oderbrücke, sie wird reichlich genutzt, schreibt mittlerweile schwarze Zahlen und ist unumstritten.



Glauben an das Weimarer Dreieck: Hans-Dietrich Genscher und der frühere französische Außenminister Roland Dumas hoben das Weimarer Dreieck 1991 mit aus der Taufe. Im Jahre 2011 feierten sie gemeinsam in Weimar das 20-jährige Bestehen. Foto: Peter Michaelis

Geduld und Zähigkeit zahlen sich aus: Das gilt auch für das Weimarer Dreieck, jene Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern Frankreich, Polen und Deutschland, die 1991 in Weimar aus der Taufe gehoben wurde. Höhen und auch Tiefen hat diese Kooperation mittlerweile erlebt, aber sie lebt und die Idee ist nicht tot, sondern bekommt immer neuen Schwung – das wurde bei einer Diskussion im Weimarer Rathausaal deutlich. Die Europaabgeordnete der Linkspartei, Gabi Zimmer, fühlte dabei denjenigen auf den Zahn, die die Idee des Weimarer Dreiecks aktuell weitertragen: Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf, dem Vorsitzenden

dem aktuellen Zustand aber nicht. Mittlerweile dürfte sich das geändert haben. Denn Genscher ist Ehrenmitglied beim Verein Weimarer Dreieck. 2011, beim 20-jährigen Jubiläum, trat er dem Verein bei. Und Hackmann und seine Mitstreiter sind diejenigen, die versuchen, das umzusetzen, was von vielen gefordert wird: Die Verankerung des Dreiecks-Gedankens bei den Bürgern.

„Zivilgesellschaft sind wir alle“

Aber genau daran hapert es noch, kritisierte Hartmut Kaczmarek in der Runde. „Die Zivilgesellschaft, das sind wir alle. Jeder sollte an seinem Platz dazu beitragen, dass wir auf diesem Weg vorankommen“, appelliert er an die Aktiven. Mehr Bürgerferste, ein polnisch-franzö-

sisch-deutsches Volksfest, mehr Begegnungen der Menschen – all das wurde auch in der sehr intensiven Diskussionsrunde im Weimarer Rathausaal von den engagierten Zuhörern immer wieder eingefordert. Wichtig ist es dabei auch, dass die Kooperation zwischen den Ländern so in den Köpfen der Menschen verankert ist, dass aktuelle politische Störungen – wie derzeit im deutsch-französischen Verhältnis oder vor einigen Jahren im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen – ohne Einfluss auf die Begegnungen der Menschen bleiben. Bertrand Leveaux verglich das Ganze mit einem Garten. Auch dort müsse der Rasen, die Blumen und das Gemüse immer wieder aufs Neue gehegt und gepflegt werden. Genau so sei es auch mit dem deutsch-französischen und dem deutsch-polnischen Verhältnis.

Die Verantwortung Weimars in diesem Gesamtprozess hob Oberbürgermeister Stefan Wolf hervor. Aber die Stadt kann das auch nicht allein stemmen. Beispielhaft wird das an dem Filmfestival tricolore, das auf dem Dreiecks-Gedanken beruht. Das Wirtschaftsministerium in Erfurt fördert die Veranstaltungsreihe nicht mehr, daraufhin mussten die Veranstalter und die Stadt die Segel streichen.

„Das Weimarer Dreieck hat Zukunft, wenn es uns allen gelingt, es mit Leben zu füllen“, zog Gabi Zimmer am Ende eine Bilanz der Runde.

Mehr Zeit für Entscheidung

24 Gemeinschaftsschulen im Freistaat

Erfurt. (dpa) Bei einem Bildungssymposium mit mehr als 1000 Teilnehmern am Samstag in Erfurt hat Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) eine Zwischenbilanz der Thüringer Bildungspolitik seit 2009 gezogen:

– In den Kindertagesstätten wurden innerhalb von vier Jahren etwa 2500 Erzieher neu eingestellt

– Die Ausgaben des Landes für Kitas stiegen von etwa 320 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 530 Millionen Euro in diesem Jahr

– Es entstanden 24 Gemeinschaftsschulen, in denen Kinder bis zur achten Klasse gemeinsam lernen

– Die Hochschulen haben über eine Rahmenvereinbarung feste Zusagen für ihre Finanzierung über vier Jahre

Matschie sagte, ihm sei wichtig, dass das Bildungssystem mehr Zeit und Spielräume für Entscheidungen über den künftigen Weg gebe, sagte Matschie. Dieses Ziel würden auch neuen Gemeinschaftsschulen verfolgen, in denen die Kinder bis zur achten Klasse gemeinsam lernen und erst dann entschieden würde, in welche Richtung es weiter gehe. Inzwischen gebe es 24 Gemeinschaftsschulen im Freistaat; weitere seien in der Vorbereitung. „Es geht nicht um

Masse, es geht um Qualität“, sagte Matschie. Grundlagen für gute Bildungschancen würden jedoch bereits in den Kindergärten gelegt, in die Thüringen in den vergangenen Jahren viel investiert habe. Außer um mehr Bildungsrechtigkeit ging es bei dem Symposium mit mehr als 1000 Teilnehmern auch um das Reformationsjubiläum 2017. Die Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche für das Reformationsjubiläum, Margot Käßmann, verwies auf die Impulse, die Martin Luther für den Anspruch jedes Menschen auf Bildung gegeben habe. Er sei angesichts der nach wie vor unterschiedlichen Bildungschancen auch in Deutschland noch immer aktuell. Käßmann hofft darauf, dass das 500-jährige Reformationsjubiläum nicht nur als geschichtliches Ereignis wahrgenommen wird. Die Reformation habe Impulse gesetzt beispielsweise mit der Forderung, jeder Mensch solle die Bibel lesen können. In der Bildungspolitik sei es eine reformatorische Aufgabe, stärker als in der Vergangenheit auf die Persönlichkeit und Bedürfnisse der einzelnen Kinder einzugehen. Es sei zu lange um die Entwicklung von Schulen oder von Schulklassen gegangen, sagte Käßmann.

■ CSU: Skandal noch größer als angenommen

Die „BAG SchwuP“ – „Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle“ – wurde 1987 aufgelöst. Ihr letzter Koordinator war nach Informationen des „Spiegel“ ein wegen Kindesmissbrauchs verurteilter, der ab 1980 mehrmals im Gefängnis saß. Gleichzeitig sei er bei den Grünen auf Berliner Landes- und ab 1985 auch auf Bundesebene aktiv gewesen

und habe versucht, seine Forderung nach freiem Sex zwischen Erwachsenen und Kindern durchzusetzen. Inzwischen sei er gestorben, berichtet das Magazin.

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt zog daraus den Schluss, dass „das Ausmaß des Pädophilen-Skandals bei den Grünen noch größer ist als bisher angenommen“. Göring-Eckardt müsse rasch klären, wie viel Geld aus staatlichen Mitteln der Grünen-Bundestagsfraktion missbräuchlich an die Arbeitsgemeinschaft geflossen ist.

Laut „Focus“ wird auch bei der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union (HU) mit früheren Äußerungen einzelner Mitglieder in Sachen Pädophilie gerungen. So habe der HU-Vorstand im Juni 2000 „eine geradezu kreuzzugartige Kampagne

gegen Pädophile“ kritisiert, meldete das Magazin. Erst 2004 habe sich die HU eindeutig von pro-pädophilen Positionen distanzier.

■ Debatte wird auch in der HU geführt

Die Grünen-Politikerinnen Claudia Roth und Renate Künast, die dem Beirat der Humanistischen Union angehören, ließen erklären, sie wollten keine Verantwortung für die Positionen anderer Beiratsmitglieder übernehmen. Allerdings seien sie „der Auffassung, dass die HU nicht mit Organisationen und Personen zusammenarbeiten sollte, die Pädophilie befürworteten, rechtfertigten oder verharmlosten“.

Notpläne für Stauseen

Silberkarpfen-Sterben: Angler fordern Reaktionen vom Land

Erfurt. Wegen der Silberkarpfenbestände in den Thüringer Stauseen fordert der Verband für Angeln und Naturschutz (VANT) einen Havariplan. VANT-Präsident Reinhard Karol sagte dem MDR, ein Massensterben wie an der Heyda-Talsperre werde gravierende Folgen für den Tourismus haben. Deshalb sollten sich die zuständigen Behörden und die Angelpächter an den Stauseen Hohenwarte, Zeulenroda und Weida auf den Tag X vorbereiten. „Es geht nicht um Hysterie, sondern um Planung. Denn das Massensterben wird kommen“, so Karol.

Für die Talsperre Hohenwarte liegt nach MDR-Informationen bereits ein „Gewässeralarmplan“ vor. Den Plan haben die an den Stausee angrenzenden Landkreise Saale-Orla und Saal-

feld-Rudolstadt sowie der Landesangelverband und der Talsperrenbetreiber Vattenfall ausgearbeitet. Im Notfall wollen sie ihre technischen Möglichkeiten bündeln, um verendete Fischer schnell zu beseitigen. Trotzdem sieht der Landesangelverband noch Handlungsbedarf beim Freistaat. Die Angler dürften nicht mit dem Problem allein gelassen werden.

In der Heyda-Talsperre im Ilmkreis waren Mitte April tausende Tiere an Altersschwäche gestorben. Über mehrere Wochen wurden insgesamt 40 Tonnen Kadaver abgefischt und abtransportiert.

Ein vorbeugendes Abfischen der Silberkarpfen gilt aus Sicht von Fischerei-Experten als nahezu unmöglich. Dazu müssten Netze eingesetzt werden, mit denen aber auch andere Fisch-

NOTIZEN

Viele Fragen zum NSU

Erfurt. Der rechtsterroristische NSU wirft immer mehr Fragen auf. Viele davon sind trotz der zahlreichen Untersuchungsausschüsse und Expertenkommissionen immer noch nicht geklärt. Es geht um die Vernetzung der rechtsradikalen Szene, die Fragwürdigkeit des Nutzens von V-Leuten und um die Grenzen, Möglichkeiten und Gefahren der derzeitigen Strukturen des Verfassungsschutzes. Diesem ganzen Problemkreis widmet sich ein Diskussionsabend der Friedrich Ebert-Stiftung heute in Erfurt. Grundlage dafür ist der Zwischenbericht des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses, der auf 554 Seiten darstellt, wie sich neonazistische und rechtsterroristische Strukturen in den 1990-er Jahren in Thüringen bilden konnten, welche Gefahren sich aus diesen Strukturen ergaben und wie die Sicherheitsbehörden und die Politik darauf reagierten. Teilnehmer der Diskussion sind die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx, der Anwalt der Attentatsopfer, Yavuz Selim Narin und der Rechtsterrorismus-Experte Hajo Funke aus Berlin. Sie diskutieren unter Leitung von Katja Fiebinger von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen.

! Heute Abend, 18.30 Uhr, Kaisersaal, Futterstraße 15/16, Erfurt

Die Beamten gleich stellen

Erfurt. Die SPD will die vom Finanzminister geplante Zeitverzögerung bei der Anpassung der Beamteneinkünfte noch einmal kritisch überprüfen. Das kündigte SPD-Finanzexperte Werner Pidde an. Er forderte Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) außerdem auf, nun auch die Urlaubsregelungen für die Beamten an die tarifvertraglich vereinbarten Regelungen für die Angestellten anzupassen. Die SPD habe sich in der Vergangenheit einem Auseinanderdriften der Arbeitsbedingungen für die Tarifbeschäftigten und Beamten im Freistaat immer energisch widersetzt, unterstrich Pidde. Es sei das Verdienst der SPD, dass die 40-Stundenwoche in Thüringen heute auch wieder für die Beamten gelte. „Gleiche Bedingungen zwischen den Statusgruppen müssen nun auch beim Urlaub hergestellt werden“, fordert Pidde. Das entsprechende Gesetz solle ergänzt werden, verlangte er.

„Grenzen wurden überschritten“

Göring-Eckardt räumt Fehler ihrer Partei im früheren Umgang mit Pädophilen ein

Erfurt/Berlin. (dpa) Die Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt hat Fehler ihrer Partei im Umgang mit Pädophilen in den 80er Jahren eingeräumt. „Damals sind offenkundig Grenzen überschritten worden, die man nie hätte überschreiten dürfen“, sagte Göring-Eckardt in einem Interview über die Diskussionen bei den Grünen. Für sie seien diese „unsäglichen Debatten“ und „inakzeptablen Positionspapiere“ sehr schwer zu verstehen, sagte die ehemalige DDR-Bürgerin. Es sei falsch gewesen, „solchen Debatten und Gruppen Raum zu geben“. Das sei „ein Fehler, den wir bedauern“.

In einer Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen, die in den 80er Jahren für die Rechte von Schwulen eintrat („BAG SchwuP“), engagierten sich

bestände gefangen würden. Nach Ansicht von VANT-Präsident Karol ist deshalb der einzige machbare Weg „ein sehr schnelles Beseitigen verendeter Silberkarpfen“. Dazu brauche es Technik und viele Helfer.

Silberkarpfen können auch nicht gezielt geangelt werden. Sie geraten eher zufällig an die Haken, weil sie sich ausschließlich von Algen ernähren. Deshalb wurden sie auch Anfang der 90er-Jahre im Hohenwarte-Stausee ausgesetzt, als in dem See Blaualgen auftraten. Diese können für den Menschen giftig sein und bei Berührung Übelkeit und Erbrechen auslösen. Nach vorliegenden Berichten wurden im Hohenwarte-Stausee 75 000 Silberkarpfen ausgesetzt. Der Bestand wird mit 500 bis 700 Tonnen angegeben.